



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zur Aktuellen Stunde: Tarifflicht in Nordrhein-Westfalen eindämmen!

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 29.04.2021

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Als ich den Antrag auf eine Aktuelle Stunde gelesen habe, da habe ich mich schon gefragt, ob alleine eine Pressemitteilung von ver.di Grundlage der Aktualität sein soll. Ich denke, dass Sie wie mit dem folgenden Antrag zu TOP 2 hier eher auf das Datum des kommenden Samstags zielen und zeigen wollen, dass Sie die Gewerkschaften nicht vergessen haben. Sie können hier sicher gerne Debatten zum Tag der Arbeit führen, dann werden wir aber auch inhaltlich entgegenen.

Wir Freie Demokraten stehen für die Tarifautonomie und für subsidiäre Lösungen statt staatlicher Vorgaben. Aus unserer Sicht stehen Tarifverträge immer in einem Spannungsverhältnis. Sie sollen die Beschäftigten schützen und ihnen eine angemessene Entlohnung bieten, sie sollen aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhalten und Arbeitsplätze sichern.

Für eine hohe Tarifbindung müssen Tarifverträge attraktiv sein, sie müssen den Arbeitgebern mehr Vorteile als Nachteile bieten. Wenn hingegen die Anforderungen eines Tarifvertrags die wirtschaftlichen Potenziale eines Betriebs übersteigen, wenn durch ihn Arbeitgeber überfordert werden, dann erfordert es die Verantwortung für den Fortbestand des Unternehmens und für den Erhalt von Arbeitsplätzen, auch einen Ausstieg zu erwägen.

Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sind in der Geschichte der Bundesrepublik meist verantwortungsvoll mit der Tarifautonomie umgegangen. Das hat sich aktuell auch in der Corona-Krise gezeigt. Wenn es die Situation erfordert, sind Gewerkschaften durchaus bereit,

ihre Forderungen anzupassen. Deshalb gilt es, die Tarifautonomie zu achten und wahren und sich nicht immer von Seiten der Politik einzumischen. Dazu zählt gerade auch die grundgesetzlich geschützte negative Koalitionsfreiheit.

Es ist eben der falsche Weg, einerseits die Hürden für eine Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen abzusenken und andererseits gesetzliche Regulierungen auszuweiten, die eigentlich in die Zuständigkeit der Tarifpartner fallen. Ich nenne als Beispiel nur das Bundesgesetz zur Brückenteilzeit.

Mehr Allgemeinverbindlichkeit und mehr gesetzliche Regulierung ersetzt letztlich den Wettbewerb der Tarifpartner durch ein staatliches Tarifmonopol. Das verringert nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, es kostet auch Arbeitsplätze und ist am Ende eher kontraproduktiv für die Tarifbindung. Denn umso mehr anstelle von Vereinbarungen der Tarifpartner staatliche Normen treten, umso geringer werden die Vorteile eines Tarifvertrages – und zwar sowohl für Arbeitgeber wie eben auch für die Gewerkschaften.

Da sollten sich die Politik und gerade auch die SPD mit ihrem Arbeitsminister im Bund mal kritisch hinterfragen.

Aus unserer Sicht brauchen wir weniger staatliche Einmischung und vielmehr eine Steigerung der Attraktivität von Tarifverträgen. Die Sozialpartner sollten die Herausforderungen der Arbeitswelt von morgen in den Blick nehmen. Dazu zählen Fragen wie die Gewinnung von Fachkräften, mobiles Arbeiten, eine Flexibilisierung von Arbeitszeiten oder auch die Kapitalbeteiligung von Mitarbeitern. Wenn wir hier zu tarifvertraglichen Lösungen kommen, dann stärken wir die Tarifbindung, dann sind Tarifverträge sowohl für Arbeitnehmer wie auch für Arbeitgeber attraktiv.

Politik sollte sich also weniger einmischen und mehr ermöglichen. Ein Beispiel dafür war unsere Bundesrats-Initiative zum Arbeitszeitgesetz. Wenn wir für mehr Flexibilität innerhalb des Rahmens der europäischen Arbeitszeitrichtlinie einvernehmliche Vereinbarungen der Tarifpartner voraussetzen, dann bieten Tarifverträge einen Mehrwert. Ein derartiger Tarifvorbehalt gibt einen Anreiz für Unternehmen, wieder eine Tarifbindung einzugehen, um die Vorteile neuer Regelungen nutzen zu können. Leider hat die SPD hier im Landtag dies nicht erkannt.

Unsere Antwort auf diese Aktuelle Stunde lautet: Wir müssen die Attraktivität von Tarifverträgen erhöhen und zwar durch weniger staatliche Regulierung und mehr Gestaltungsmöglichkeiten der Tarifpartner für die Arbeitswelt der Zukunft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

.